



## **Statement zur Anhörung „Gedenktage“ der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“**

### **1. Vorbemerkungen**

Ich möchte meinen Ausführungen ausdrücklich einen Dank an die Kommission für ihre Arbeit voranstellen. Die Kommission hat mit ihren Vorschlägen Impulse gesetzt und eine gesellschaftliche Debatte zur Rolle des Erinnerns an Revolution und Einheit eingeleitet. Auch wenn es zu den Vorschlägen der Kommission teils unterschiedliche Auffassungen geben kann und geben wird, ist gerade die offene Diskussion bei diesem Thema besonders wichtig. Immer weniger Bürgerinnen und Bürger verfügen über eigene Erfahrungen aus der Zeit der Deutschen Teilung. Es bedarf daher einer ehrlichen und kritischen Auseinandersetzung mit der bestehenden Gedenk- und Erinnerungskultur, damit diese den Herausforderungen einer sich wandelnden Gesellschaft auch weiterhin gerecht werden kann. Neben dem durch die Kommission angestoßenen Prozess sollte daher in dieser Wahlperiode auch eine Überarbeitung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes erfolgen.

Aus meiner Sicht sollten die unterschiedlichen Gedenktage und ihre jeweiligen Entwicklungsmöglichkeiten nicht isoliert betrachtet werden. Aus Sicht der SED-Opferbeauftragten ist es wichtig, die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Daten und den historischen Entwicklungen, die sie repräsentieren, stärker darzustellen. Der 17. Juni 1953, der 9. Oktober und der 9. November 1989 und der 3. Oktober 1990 stehen in einem Zusammenhang, den wir immer wieder deutlich machen müssen. Daher sollten aus Sicht der SED-Opferbeauftragten grundsätzlich neben den Akteuren des Herbstes 1989 selbstverständlich auch die Opfer der SED-Diktatur, die die früheren Widerstandsbewegungen (inkl. Flucht, Haft usw.) repräsentieren, in die entsprechenden Feierlichkeiten eingebunden sein.

### **2. Hinweise zu den Vorschlägen der Kommission**

#### **a.) Aufwertung des 17. Juni in seiner Bedeutung für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft**

Der 17. Juni hat für die Opfer der SED-Diktatur eine herausgehobene Bedeutung. Mit Wegfall seiner Rolle als gesetzlicher Feiertag durch den Einigungsvertrag 1990 hat die



gesellschaftliche Relevanz dieses Tages abgenommen. Immer weniger Bürgerinnen und Bürger verbinden mit dem Datum 17. Juni das Ereignis der Niederschlagung des Volksaufstandes im Jahr 1953.

Jedes Jahr finden auf dem Friedhof Seestraße in Berlin-Wedding eine Gedenkstunde mit Ansprachen von Repräsentanten und eine Kranzniederlegung statt. In einem Teil der ostdeutschen Landesparlamente werden Gedenkstunden abgehalten. Insbesondere auf regionaler Ebene organisieren Opferverbände, Parteien und Initiativen Kranzniederlegungen und Gedenkveranstaltungen.

Auch wenn das Gedenken am 17. Juni von einer Vielzahl an Akteuren getragen ist, findet es jedoch in der Breite der Gesellschaft nur wenig Aufmerksamkeit.

Für mich als SED-Opferbeauftragte ist daher der Wunsch vieler Opferverbände nach einer Wiedereinführung des 17. Junis als gesetzlicher Feiertag nachvollziehbar. Ein solcher Schritt (allein) hätte jedoch nicht zwangsläufig eine stärkere Wahrnehmung der historischen Hintergründe in der Gesellschaft zur Folge.

Aus meiner Sicht als SED-Opferbeauftragte bedarf es mehrerer Maßnahmen, um die Wahrnehmung des 17. Juni in der Öffentlichkeit zu stärken.

Der 17. Juni steht für die Niederschlagung des Volksaufstandes im Jahr 1953. Dieser Tag macht deutlich, dass Freiheit und Demokratie keine Selbstverständlichkeiten sind und viele Menschen in der DDR einen hohen Preis für ihren Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung zahlen mussten. Der 17. Juni ist über die Jahrzehnte zu einem Symbol geworden. Ein Symbol für den Widerstand der Menschen, aber auch ein Symbol für die Brutalität des Systems. Vor diesem Hintergrund sollte sich die Erinnerung am 17. Juni nicht nur auf die historischen Ereignisse des 17. Junis 1953 beziehen, sondern insgesamt den vielen Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft gewidmet sein.

So wie das Abgeordnetenhaus Berlin jährlich eine Gedenkveranstaltung ausrichtet, könnte auch der Deutsche Bundestag jedes Jahr im Umfeld des 17. Juni mit einer Gedenkstunde den Opfern des Kommunismus gedenken und im Zentrum unserer Demokratie ein wichtiges Zeichen setzen. In die Ausgestaltung der Feierlichkeiten zum 17. Juni sollte frühzeitig auch das „Mahnmal für die Opfer des Kommunismus“ einbezogen werden. Dieses soll, entsprechend der Beschlüsse des



Bundestages, in den nächsten Jahren im Berliner Regierungsviertel errichtet werden.

Als SED-Opferbeauftragte plane ich, dem Deutschen Bundestag meinen Jahresbericht zum 17. Juni vorzulegen. Der 17. Juni ist aus meiner Sicht besonders geeignet, um sich nicht nur mit den historischen Ereignissen auseinanderzusetzen, sondern ebenso auch um die Herausforderungen, vor denen die Opfer und ihre Angehörigen heute stehen, in den Blick zu nehmen.

Wichtig ist mir, dass wir in unseren Bestrebungen nicht nur die Hauptstadt in den Blick nehmen. Um das Erinnern an die regionalen Ereignisse der Widerstandsbewegung außerhalb der größeren Städte weiter zu fördern, empfehle ich eine weitere Stärkung der Arbeit der Bundesstiftung Aufarbeitung. Seit vielen Jahren unterstützt die Bundesstiftung Aufarbeitung durch Projektförderungen und fachliche Beratung regionale Initiativen dabei, auf lokaler Ebene an die Opfer der SED-Diktatur zu erinnern und die Widerstandsbewegungen darzustellen. Diese wichtige Arbeit der Bundesstiftung muss dauerhaft gesichert und weiter gestärkt werden.

Eine besondere Herausforderung liegt in der Stärkung der Wahrnehmung der Bedeutung der ostdeutschen Oppositions- und Widerstandsgeschichte in den westdeutschen Ländern. Hierbei könnten die bestehenden Städtepartnerschaften zwischen ost- und westdeutschen Städten sowie eine Stärkung der Zeitzeugenprogramme als eine Art Brücke zwischen Ost und West fungieren.

Eine zentrale Rolle in der Vermittlung des Wissens über den Volksaufstand am 17. Juni 1953 kommt den Schulen zu. Es war ein wichtiger Schritt, dass das SED-Unrecht in den letzten Jahren in die Lehrpläne aufgenommen wurde. Der nächste Schritt ist nun, dass die Befassung mit SED-Unrecht auch prüfungsrelevant wird, dann kann der Lehrstoff nicht unter den Tisch fallen. Auf diese Weise sichern wir der Auseinandersetzung mit diesem Teil der Geschichte einen angemessenen Stellenwert in der schulischen Bildung.

Ebenso werbe ich dafür, dass in allen west- und ostdeutschen Ländern die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass jeder Schüler in seiner Schullaufbahn einen Gedenkort zum SED-Unrecht besuchen kann.



**b.) Entwicklung des 9. Oktober zu einem „Tag der Demokratie“**

Eine stärkere Würdigung des 9. Oktobers wird durch die SED-Opferbeauftragten als „Tag der Demokratie“ begrüßt.

Das Engagement der Stadt Leipzig mit den jährlichen Feierlichkeiten mit den Elementen des Friedensgebets in der Nikolaikirche und der anschließenden Rede zur Demokratie ist ausdrücklich zu würdigen. Hervorzuheben ist hierbei, dass zivilgesellschaftliche Akteure eng in die Gestaltung der Feierlichkeiten eingebunden sind.

Aus Sicht der SED-Opferbeauftragten sollte der 9. Oktober sich zukünftig in der inhaltlichen Ausgestaltung der Feierlichkeiten nicht nur auf die historische Bedeutung des 9. Oktobers 1989 in Leipzig beschränken, sondern noch stärker eine Würdigung der Oppositions- und Widerstandsbewegung in der gesamten DDR über 1989 hinaus darstellen. Hierfür sollte der Bund sein Engagement zum 9. Oktober verstärken und das Engagement der Stadt Leipzig um eigene Angebote auch außerhalb Leipzigs ergänzen. In Berlin, Plauen und anderen Orten standen friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten einem hochauferüsteten Staat gegenüber. Gewaltorgien durch Polizei, Staatsicherheit, Kampfgruppen, fanden erst am 09. Oktober durch die große Demonstration in Leipzig ein Ende. Es hätte auch anders ausgehen können. Auch daran muss erinnert werden. Nutzen wir den 9. Oktober, um von diesem Punkt aus zurückzublicken, sowohl auf die Stationen der Friedlichen Revolution im Jahr 1989, wie die Aufdeckung der Wahlfälschung am 7. Mai und die darauffolgenden Proteste dagegen bis hin zum 07. Oktober. als auch ganz bewusst auf den Widerstand in den davorliegenden Jahrzehnten.

Eine wichtige Akteurin auf Seiten des Bundes könnte in der Weiterentwicklung des 9. Oktobers die neugeschaffene Bundesstiftung „Orte der deutschen Demokratiegeschichte“ werden. **Hierfür sollten durch eine Gesetzesnovelle im Auftrag der Stiftung die Friedliche Revolution als herausragende Demokratiebewegung benannt und neben Weimar und Bonn auch Leipzig als herausgehobener Ort deutscher Demokratiegeschichte namentlich aufgenommen werden.**

Ebenso wichtig erscheint es, die vom Deutschen Bundestag in 2019 beschlossene Einrichtung einer Dauerausstellung zur „Oppositions- und Widerstandsgeschichte über den gesamten



Zeitraum von 1945 bis 1989“ weiter zu forcieren. Gerade durch diese Ausstellung können die historischen Entwicklungen, die dem 9. Oktober zugrunde lagen, stärker in die öffentliche Wahrnehmung gerückt und damit eine Wirkung über den Gedenktag hinaus erzielt werden.

**c.) Würdigung des 9. November in seiner vielschichtigen historischen Bedeutung**

Die Etablierung des 9. Novembers als nationalen Gedenktag wird von der SED-Opferbeauftragten begrüßt. Gerade in seiner Vielschichtigkeit bietet der 9. November die Möglichkeit, in besonderer Weise zu einer Sensibilisierung für den Wert der freiheitlichen Demokratie und Menschenrechte beizutragen.

Mit einer Gedenkstunde im Deutschen Bundestag und einzelnen Veranstaltungen an Orten die das jeweilige historische Ereignis symbolisieren, nach dem Vorbild der Gedenkstunde im Jahr 2018, könnten die unterschiedlichen Dimensionen des Tages gewürdigt und am richtigen Ort, dem Herzen unserer Demokratie, miteinander in Bezug gesetzt werden und zur Würdigung beitragen.

Bezogen auf das Erinnern an den Mauerfall empfiehlt die SED-Opferbeauftragte, neben der etablierten Gedenkveranstaltung in der Gedenkstätte Berliner Mauer regionale Formate des Gedenkens und Erinnerns - stärker als bisher - auch von Seiten des Bundes zu fördern. Die vielen Gedenkort und Grenzlandmuseen an der früheren innerdeutschen Grenze wären hierfür besonders geeignete Orte.

Wie beschrieben, könnten durch eine Stärkung der Arbeit der Bundesstiftung Aufarbeitung und der Zeitzeugenportale die Vermittlung in Richtung der jüngeren Generationen weiter gestärkt und weitere Impulse für einen Dialog zwischen den Generationen gesetzt werden.

Für die Opfer der SED-Diktatur sind der Mauerfall am 9. November und der Mauerbau am 13. August eng miteinander verknüpft. Aus Sicht der SED-Opferbeauftragten gehört daher ganz besonders der 13. August zu den historischen Daten von nationaler Bedeutung, die über die runden Jahrestage hinaus eine größere Beachtung finden sollten.

\*\*\*